



---

## **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**

55. Sitzung (öffentlich)

17. Februar 2005

Bürgerhaus der Gemeinde Schlangen, 33189 Schlangen

10:30 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Ein Land - zwei Nationalparks: Nationalpark Senne voranbringen**

2

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6219

In Verbindung damit:

**Militärische Nutzung und Naturschutz - Erfolgreiche Kooperation in der  
Senne fortsetzen**

2

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/6281

Im Anschluss an einen Bericht der Ministerin Höhn, den Stellungnahmen der Landräte Backhaus, Heuwinkel und Müller diskutieren die Abgeordneten mit den Vertretern der Landesregierung und den Bürgermeistern der Region über verschiedene Fragestellungen, die die Errichtung eines Nationalparks Senne-Egge betreffen.

**2 Gutachten des Finanzministeriums über Organisation und Aufgaben der Landwirtschaftskammer 33**

Vorlage 13/3218

- Kurze Aussprache.

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG) 35**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6349

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6349 in der geänderten Fassung einstimmig zu.

\*\*\*\*\*

An dem Vormittag hätten insbesondere die Kreislandwirtinnen und Kreislandwirte aus dem ostwestfälischen Raum Änderungen gegenüber dem, was jetzt auch im Hauptausschuss zum Teil angedacht und beschlossen worden sei, geäußert, weil sie mit einer Reihe von Standortentscheidungen nicht sehr glücklich seien, einmal vorsichtig ausgedrückt.

Der dritte Bereich, den der Gutachter untersuchen solle, betreffe die Frage, wie das mit den Zentralen aussehe. Im Moment habe man noch zwei. Es gehe um die Frage, wie die Zusammenführung aussehen solle - an einem der bisherigen Standorte Münster, Bonn oder an einer dritten Stelle -, was eben die kostengünstigste und beste Lösung sei.

In der gemeinsamen Veranstaltung mit den Kammern habe der Gutachter vorgestellt, wie er vorgehe, die Daten erheben wolle, welche Arbeitsschritte er vornehme.

Die Veranstaltung sei sehr gut verlaufen. Den Kreislandwirtinnen und Kreislandwirten sei klargemacht worden, wie das Ganze vonstatten gehe. Bisher habe man nur gehört, dass es ein Gutachten gebe und niemand wisse, wie der Gutachter vorgehe.

Bei dem Gutachter handele es sich im Übrigen um jemanden, der sich im Bereich Landwirtschaft und Landwirtschaftskammern sehr gut auskenne. Er habe unmittelbar vorher die Fusion der niedersächsischen Landwirtschaftskammern und auch die Ausführungsschritte begutachtet. Er besitze also gute Fachkunde in dem landwirtschaftlichen Verwaltungssektor.

### **3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6349

**Vorsitzende Marie-Luise Fasse** führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum am 15. September 2004 an den Ernährungsausschuss - federführend - sowie an den Umweltausschuss, dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden. Die mitberatenden Ausschüsse hätten aufgrund der Absicht, dass im Landwirtschaftsausschuss noch ein fraktionsübergreifender Änderungsantrag gestellt werde, jeweils auf ein Votum verzichtet. Der gemeinsame Änderungsantrag aller vier Fraktionen liege vor.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** erklärt, seine Fraktion stimme dem Gesetzentwurf zu, weil er auch von der CDU-Fraktion mit erarbeitet worden und politisch gewollt sei.

Er frage die Landesregierung, ob es aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichtes zur B 55n - Neubau der 55 Umgehungsstraße Erwitte-Lippstadt - irgendeine Unsicherheiten gebe, dass dieser Gesetzentwurf nicht ausreiche, um mit der Problematik vor Ort

klarzukommen. Diese Fragen würden in den betroffenen Städten und Gemeinden gestellt.

Nach Kenntnis des **Dr. Georg Scholz (SPD)** gibt es den Wunsch, in der Begründung eine Veränderung vorzunehmen.

**Staatssekretär Dr. Griese (MUNLV)** merkt an, einen Rest Unsicherheit gebe es. Er habe in einer Fachzeitschrift einen Artikel gelesen, der auf die ganze Problematik eingee, in dem deutlich werde, dass der Weg, der beschritten werde, für gangbar gehalten werde.

Es solle so gewesen sein, dass bei der Urteilsverkündung zur B 55 angedeutet worden sein solle, dass man sehen müsse, ob das reiche. Das sei nicht zweifelsfrei. Dazu könne er aus eigener Erkenntnis nichts sagen. Er sei bei dem Verfahren nicht anwesend gewesen.

Nach dem, was er jetzt von den Experten lese, glaube er, dass man auf der sicheren Seite sei. Im Übrigen verweise er auf den Satz "Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand". Eine allerletzte Sicherheit habe man nicht.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 13/6349** in der geänderten Fassung **einstimmig zu**.

gez. M.L. Fasse

Vorsitzende

ke/11.04.2005/13.04.2005

400



**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz**

**56. Sitzung** (öffentlich)

17. Februar 2005

Bürgerhaus der Gemeinde Schlangen, 33189 Schlangen

10:30 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Das Ausschussprotokoll 13/1464 bezieht sich auf die Sitzungsnummer **56**.

*Gertrud Schröder-Djug*  
(Gertrud Schröder-Djug)  
Sitzungsdokumentarischer Dienst

18.05.2005  
400